Presseinformation

Pressesprecherin
Iris Kampf
Tel.: +49 30 202491-32
Fax: +49 30 202491-50
E-Mail: iris.kampf@ikkev.de

Berlin, 16. November 2026

Zeitnahe ärztliche Versorgung darf nicht vom Geldbeutel abhängen

Zu den Äußerungen des KBV-Vorstandsvorsitzenden Dr. Andreas Gassen, wonach gesetzlich Versicherte erwartungsgemäß für zeitnahe Arzttermine selbst zahlen müssten, erklärt Jürgen Hohnl, Geschäftsführer des IKK e. V.:

„Wer monatlich Beiträge in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlt, muss sich darauf verlassen können, im Krankheitsfall zeitnah einen Arzttermin zu bekommen – ohne dafür zusätzlich privat zahlen zu müssen. Denn wer krank ist, braucht medizinische Hilfe und keine gewillkürte Bezahlschranke. Eine damit einhergehende verschärfte Zwei-Klassen-Versorgung wäre nicht nur sozialpolitisch höchst problematisch, sondern würde auch das Vertrauen in unser Gesundheitssystem nachhaltig erschüttern.

Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten und zeitnahen ambulanten Versorgung ist Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigungen. Drohungen mit weniger Terminen oder dem Verweis auf Privatsprechstunden spielen mit den Ängsten von Patientinnen und Patienten, um die politisch angestoßenen Reformen zu diskreditieren.

Die finanziellen Rahmenbedingungen sind zweifellos herausfordernd. Gerade deshalb brauchen wir keine Kampagne, die Ängste schürt, sondern eine sachliche Debatte darüber, wie vorhandene Mittel effizienter eingesetzt und Abläufe in den Praxen sowie in der Terminvermittlung verbessert werden können. Die im Zuge des GKV-BStabG vorgesehene Streichung von Zuschlägen, die nach Analyse des FinanzKommission Gesundheit keinen nachweisbaren Versorgungsmehrwert gebracht haben, ist sachgerecht und muss ins Verhältnis zu der Gesamtsumme gesetzt werden, die wir für die ärztliche Behandlung ausgeben.“

Hinweis an die Redaktionen:
Ein druckfähiges Foto von Jürgen Hohnl kann hier abgerufen werden: Downloads | IKK e.V.

Über den IKK e.V.:
Der IKK e.V. ist die gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen auf Bundesebene. Der Verein wurde 2008 gegründet, um die Interessen seiner Mitglieder und ihrer Versicherten gegenüber allen wesentlichen Beteiligten des Gesundheitswesens zu vertreten. Die Innungskrankenkassen stehen für fünf Millionen Versicherte.